

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Forderungspakete der Gewerkschaften sind deutlich zu schwer

- **Sabine Schmittroth: „Verteilungsspielraum äußerst gering“**
- **Historisch hohe Unsicherheit und anhaltend schwieriges Branchenumfeld erfordern Kostendisziplin**
- **Klare Absage an tariflichen Anspruch auf Mobilarbeit**

Berlin, 1. Juli 2021. Im ersten Verhandlungstermin der Banken-Tarifrunde 2021 haben die Arbeitgeber die Forderungspakete der Gewerkschaften als unrealistisch zurückgewiesen. Nicht nur die Gehaltsforderungen der Gewerkschaften Verdi (4,5 Prozent) und DBV (4,8 Prozent) seien deutlich zu hoch. Auch die weitreichenden Forderungen insbesondere zu Mobilarbeit und Ausbildung seien keinesfalls darstellbar. „Das Gesamtpaket enthält einige sehr schwerwiegende Elemente, die unsere Verhandlungen überfrachten. Wir brauchen in diesen unsicheren Zeiten nicht noch zusätzliche Belastungen“, sagte Sabine Schmittroth, Verhandlungsführerin der Banken-Arbeitgeber. „Beim Kernthema Gehalt werden wir nur eine Lösung finden, wenn wir uns an den Möglichkeiten unserer Branche orientieren. Unser Verteilungsspielraum ist äußerst gering.“

Die Arbeitgeber verwiesen darauf, dass die privaten Banken weiterhin unter erheblichem Kostendruck stünden. Viele Unternehmen befänden sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, der Umbau der zunehmend digitalen Geschäftsmodelle sei insbesondere verbunden mit Filialschließungen in größerem Ausmaß und dem Abbau mehrerer Tausend Arbeitsplätze in diesem und in den kommenden Jahren. Zusätzlich seien die Banken auf der Ertragsseite belastet: durch die krisenbedingt verlängerte Niedrigzinsphase, durch drohende Kreditausfälle infolge der Pandemie und durch absehbar hohe Gebührenrückzahlungen, ausgelöst durch das jüngste Urteil des Bundesgerichtshofs. Hinzu komme ein dauerhaft erhöhter Aufwand durch die verschärfte Bankenregulierung bei anhaltend hohem Wettbewerbsdruck. Sabine Schmittroth: „Die Pandemie ist noch nicht vorbei, der Umbau unserer Geschäftsmodelle ist in vollem Gang. Wir bewegen uns in einem Umfeld, das mit so vielen Fragezeichen versehen ist wie lange nicht mehr. Angesichts der historisch hohen Unsicherheit

und bei weiterhin schwierigem Branchenumfeld müssen wir unsere Kosten im Griff behalten.“

Presseinformation

Die Arbeitgeber betonten darüber hinaus, das Vergütungsniveau im Bankgewerbe sei immer noch sehr hoch. Zudem hätten die Bankbeschäftigten trotz schwieriger Lage auch in Krisenzeiten von realen Gehaltszuwächsen profitiert: Seit 2010 sei die Gesamtvergütung der Tarifbeschäftigten nominal um 25 Prozent und abzüglich Inflation um fast 12 Prozent gestiegen – und damit deutlich stärker als die dahinter stehende Wertschöpfung der Branche.

Berlin,
1. Juli 2021
Seite 2

Eine klare Absage erteilten die Arbeitgeber der Verdi-Forderung nach einem einseitigen Anspruch auf mobile Arbeit zwischen 20 und 60 Prozent der Arbeitszeit. Im System der Arbeitsbeziehungen in Deutschland gebe es aus gutem Grund das gesetzlich legitimierte Weisungsrecht des Arbeitgebers hinsichtlich Arbeitsinhalt, Arbeitsort und Arbeitszeit. In dieses System passe kein pauschaler einseitiger Anspruch der Beschäftigten, selbst über ihren Arbeitsort zu bestimmen. Mobilarbeit habe in den Banken eine hohe Bedeutung, und das nicht erst seit der Pandemie. Entsprechend gut seien die Arbeitgeber-Leistungen für mobile Arbeit, was sich auch in hohen Zufriedenheitswerten der Beschäftigten im Homeoffice widerspiegele. Allerdings sei die Praxis in den Unternehmen je nach Geschäftsmodell, Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur sehr unterschiedlich, die Gestaltung müsse deshalb weiterhin den Betrieben überlassen bleiben. Entsprechend komme auch die von Verdi geforderte tarifliche Erstausrüstungs-Pauschale in Höhe von 1.500 Euro für die Arbeit im Homeoffice nicht infrage. Sabine Schmittroth: „Die Banken sind seit Jahren Vorreiter in der Gestaltung mobiler Arbeitsformen. Aber gute Mobilarbeit gibt es nicht von der Stange, sie muss maßgeschneidert werden für die jeweils sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der Betriebe und ihrer Beschäftigten. Der Verbandstarif ist dafür die falsche Regelungsebene.“

Die Verhandlungen werden am 26. August 2021 in Wiesbaden fortgesetzt.

Hinweis an die Redaktionen:

Der AGV Banken hat zum Auftakt der Tarifverhandlungen die Publikation „**Banken-Tarifrunde 2021 – Fakten und Hintergründe**“ mit Informationen zu den wichtigsten Themen herausgegeben (Wirtschafts- und Branchenlage, Gehalt, Arbeitszufriedenheit und Gesundheit, Mobilarbeit). Sie steht als PDF-Dokument auf der Website des AGV Banken unter www.agvbanken.de zum Download zur Verfügung.

Dem AGV Banken gehören rund 100 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit rund 135.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen.

Presseinformation

Berlin,
1. Juli 2021
Seite 3

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang
Hauptgeschäftsführer
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74